

Kolumbien/Konflikte/KORR/  
Pastrana balanciert in Kolumbien auf einem schmalen Grat  
Von Carsten Wieland, dpa  
(Mit Bild FKM02) =

Bogota (dpa) - Kolumbien hält einen traurigen Rekord. Nirgendwo auf der Welt sterben so viele Menschen eines gewaltsamen Todes wie in dem südamerikanischen Land. Ein fast 40 Jahre dauernder Bürgerkrieg und die berüchtigte Drogenmafia haben daran wesentlichen Anteil. Auch wuchernde Korruption lassen den Staat mit etwa 40 Millionen Einwohnern unregierbar erscheinen. Dagegen stemmt sich seit nun zwei Jahren der konservative Präsident Andres Pastrana.

Der 45-Jährige ist vor allem angetreten, den Krieg zu beenden. Das gleicht angesichts verschiedener Guerilla-Gruppen und rechtsgerichteter Todesschwadronen einem Drahtseilakt ohne Netz. Doch der Jurist, dessen Ruf als Saubermann in einem Land wie Kolumbien schon etwas Besonderes ist, kommt auf diesem Seil bisher achtbar voran. «Wir sind schon weiter gekommen, als in den vergangenen 40 Jahren zusammen», meinte Pastranas bisheriger Friedensbeauftragter Victor G. Ricardo.

Zum ersten Mal ist auch ein Waffenstillstand oder zumindest eine Feuerpause zwischen der Guerilla und der Armee im Gespräch. Ricardos Optimismus stützt sich vor allem auf die Anfang vergangenen Jahres begonnenen Gespräche der Regierung mit der größten Guerilla-Gruppe, der Revolutionären Streitkräfte Kolumbiens (FARC). «Ich bin hoffnungsvoll, dass wir die Waffen bald zum Schweigen bringen», sagte er nach seinem überraschenden Rücktritt. Ricardo bestritt, er sei wegen zahlreicher Todesdrohungen gegen seine Person zurückgetreten. «Ich fürchte nur den Krieg, aber nicht den Frieden», sagte er.

Pastranas überraschender Wahlsieg im Sommer 1998 kam auch mit Unterstützung der linksgerichteten Rebellen zu Stande. Nach seinem Amtsantritt überließ Pastrana der FARC im süd-kolumbianischen Urwald eine Zone, die so groß ist wie die Schweiz. Dort übt die Guerilla quasi staatliche Gewalt aus. Dieses Experiment ist weltweit bisher einmalig.

Ein weiterer Durchbruch gelang Pastrana am Dienstag: Die zweitstärkste Guerilla-Gruppe, das Nationale Befreiungsheer (ELN), soll ebenfalls eine «geräumte Zone» im Norden des Landes erhalten. Sie ist fast doppelt so groß wie das Saarland. Damit will der Präsident die ELN in einen ähnlichen politischen Dialog einbinden wie die FARC. Bisher hatten sich Regierungsvertreter mit der ELN nur auf Kuba und in Venezuela getroffen.

Der Rückzug der Regierung aus Teilen des Landes ist das größte Opfer, das Pastrana in den Friedensprozess eingebracht hat. Vom Erfolg der Verhandlungen hängt sein politisches Überleben ab. Denn während die Regierung und die FARC an Plastiktischen in einem Dschungel-Dorf verhandeln, sind die Rebellen alles andere als friedlich. Sie entführen Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, zwangsrekrutieren Minderjährige oder legen Teile des Landes durch Attacken auf Strommasten lahm, wie die ELN auch.

Aber es gibt Anlass zu vorsichtiger Hoffnung. Zurzeit unterbreiten Vertreter der Gewerkschaften und der Wirtschaft ihre Vorschläge und

Forderungen für eine Belebung der Wirtschaft und die Schaffung von Arbeitsplätzen. Dies ist der erste Punkt auf einer langen Themenliste für die Verhandlungen mit der Guerilla.

Jose Luis Ramirez, Professor für Internationale Beziehungen an der Universität Rosario und Berater des UN-Menschenrechtsbüros in Bogota, sieht die Entwicklung jedoch eher skeptisch: «Pastrana hat zu oft nachgegeben.» Das sei katastrophal für die öffentliche Meinung. Umfragen zufolge sind nur noch weniger als ein Drittel der Kolumbianer mit der Politik ihres Präsidenten einverstanden. Ebenso wenige glauben noch an einen Erfolg des Friedensprozesses.

Pastranas «Plan Colombia» zielt jedoch auch auf die Außenwirkung. Mit einem politischen und wirtschaftlichen Reformprogramm will der Präsident Kapital aus dem Ausland anlocken, um seine Position gegenüber der Guerilla zu stärken. Offiziell heißt es, mit den Hilfen solle die Drogenmafia bekämpft und die vor sich hin dümpelnde Wirtschaft Kolumbiens angekurbelt werden.

Ein großer Stolperstein auf dem Weg zum Frieden sind die so genannten Selbstverteidigungsgruppen. Sie stehen noch völlig außerhalb der Verhandlungen. «Die Paramilitärs sind wie eine heiße Kartoffel», sagt Ramirez. «Keiner hat es bisher gewagt, sie anzufassen.» Auf das Konto dieser Todesschwadronen, die teilweise mit der Armee zusammen arbeiten sollen, gehen etwa 75 Prozent der Menschenrechtsverletzungen in Kolumbien.

Für den Fall, dass Pastrana die Paramilitärs als legitime Verhandlungspartner anerkennen sollte, hat die FARC mit dem Abbruch der Gespräche gedroht. Damit wäre der Balanceakt des Präsidenten gescheitert.

dpa cw/ro xx dv  
270133 Apr 00